

PRESSEMITTEILUNG

26.4.2010

Keine deutschen Steuergelder für Griechenland!

von Malcolm Schauf

Wer falsche Zahlen liefert, dem kann man nicht trauen, und wem man nicht traut, sollte man keine Kredite geben! Griechenland hat jahrelang weit über seine Verhältnisse gelebt - nun sollen die anderen EU-Länder die Rechnung bezahlen. Bei 8,4 Mrd. für Deutschland wird es keinesfalls bleiben. Griechenland ist „ein Faß ohne Boden“: Bis Ende 2015 muß Griechenland 33 Staatsanleihen mit zusammen 140 Mrd. Euro bedienen, zzgl. 90 Mrd. Euro Zinsen! Der einzelne griechische Bürger kann nichts dafür, die Regierung hat zu jeder Wahl nicht vertretbare Geschenke versprochen, insbesondere der in Griechenland großen Wählergruppe der Senioren: Angestellte zahlen nur 6,7% ihres Gehaltes in die Rentenkasse, bekommen aber bis zu 95,7% des letzten Gehaltes als Rente! Viele Beamte können bereits mit 50 in Pension gehen.

Der griechische Staat will nun Kürzungen durchsetzen, dagegen wird erst einmal fleißig demonstriert, insbesondere von den Linken in Griechenland! Auch wenn der Einzelne nichts für die Krise kann, wer hat die Regierungen gewählt und geglaubt, daß die ganzen Wahlversprechen finanzierbar seien? Wer gibt und nimmt denn regelmäßig „Fakellaki“? Griechenland muß unter die Kuratel des IWF, andernfalls wird es von der griechischen Regierung nur Versprechen geben und womöglich wieder falsche Zahlen über das tatsächliche Defizit. Griechenland 'raus aus der EU? Das geht vertraglich nicht. Staatsbankrott und 'raus aus dem Euro? Nachdenkenswert. Entscheidend sind die Risiken für den Euroraum. Für Deutschland wird es langfristig günstiger, noch einmal deutsche Staatsbanken, welche griechische Staatsanleihen halten, zu stützen, als Kredite in unkalkulierbarer Höhe zu geben.

Es gibt nur eine Lösung: Umschuldung. Carl Weinberg schlägt einen „Haircut“ vor, nämlich die bis 2019 fälligen Anleihen in eine 25-Jahres-Anleihe mit 4,5% Zinsen umzuschulden. Das wäre ein richtiges Signal für die Anleger, nicht mehr in schlechte Anleihen zu investieren,

und für die EU-Länder, nicht schamlos auf die Solidarität der Nachbarn vertrauen zu können. Bei einer Hilfe für Griechenland würden deutsche Steuerzahler die Zinsen für die privaten Investoren zahlen - und zukünftig für die Zinsen der Anleihen Spaniens, Portugals und Italiens, welche Griechenland wohl bald folgen werden. Eine Entlassung aus dem Euro wäre keineswegs so dramatisch: Griechenland könnte entsprechend seiner geringen Konkurrenz auf den Weltmärkten die eigene Währung abwerten, mit dem Euro geht das nicht. Auch wenn keine Umschuldung kommt, sollten Zahlungen auf den IWF beschränkt bleiben, da dieser massiv auf die Einhaltung von Bedingungen pocht. Abgesehen davon darf der IWF überhaupt keinen Kredit geben, wenn abzusehen ist, daß ein Staat nicht in der Lage ist, seine Schulden zukünftig bedienen zu können. Dann kommt ohnehin eine Umschuldung.

Es bleibt die Frage, ob so etwas auch in Deutschland passieren kann? Eindeutig ja! Denn schon jetzt machen die Regierungen Politik für ihre Wähler. Hört sich zunächst gut an, aber: Wenn aufgrund der demographischen Entwicklung die Senioren einmal die größte Wählergruppe darstellen, dann werden diese möglichst hohe Renten fordern. Und die Parteien werden es versprechen, wenn sie gewählt werden wollen, auch wenn es nicht mehr finanzierbar ist. Gleiches gilt für die wachsende Zahl an Empfängern staatlicher Transfers. Wen wird der Hartz-IV-Empfänger wählen? Den, der ihm weiter seinen Standard verspricht. Und damit wären wir dort, wo Griechenland heute ist. Nur eine höhere Bildung der Gesellschaft kann eine derartige Entwicklung verhindern.

Das Rhein-Ruhr-Institut für angewandte Mittelstandsforschung (RIFAM), mit Sitz in Düsseldorf und Geschäftsstelle in Essen, ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Forschungsinstitut und befaßt sich insbesondere mit Fragestellungen, die sich auf den Transfer zwischen Forschung und Praxis beziehen.

Weitere Informationen unter:

Rhein Ruhr-Institut für angewandte Mittelstandsforschung (RIFAM)
Am Mühlenbach 142
45147 Essen
Tel. 0201-8732120
Fax 0201-8732121

<http://www.rifam.de/5.html>